

Das Gutachten

VON KLAUS HONOLD

Wie gut, dass es Gutachten gibt. Zwar ist das, was der TU-Professor Peter Cornel über die „Auswirkungen des Darmbachs auf das Zentralklärwerk“ geschrieben hat, nicht wirklich neu. Aber es sind 34 Seiten Wissenschaft. Das ist so, wie wenn es in der Fernsehwerbung heißt, „die gibt der Zahnarzt seiner Familie“, oder „klinisch getestet“.

Klinisch getestet ist also, dass der Darmbach der Kläranlage nicht schadet. Die Betreiber der Kläranlage haben das natürlich schon immer gewusst. Und sie haben es auch den Stadtverordneten gesagt. Doch die trauten sich bislang nur, das Darmbachprojekt mit einem „Sperrvermerk“ zu versehen. Man gibt so ungenügend Fehler zu.

Über die Frage, ob ein Dorf-bächlein in die Mitte einer Wissenschaftsstadt passt, kann man ja durchaus streiten. Was einschließt, dass man mit guten Gründen auch dafür sein kann. Die Grünen waren von Anfang an dafür. Doch sie haben ihren guten Gründen nicht getraut. Und das war der Beginn einer sehr hässlichen Geschichte. Aus Furcht, allein mit der Liebhaberei für fließendes Wasser, mit ästhetischen Argumenten also, die Bürger nicht überzeugen und die hohe Geldausgabe für die Darmbachoffenlegung nicht rechtfertigen zu können, entstand der sogenannte „rechtliche Zwang“.

Passenderweise saß in der Agenda-Gruppe, die das Projekt entwickelte, ein Mitarbeiter des Regierungspräsidiums, der für Abwasserthemen zuständig war. Er schrieb 2004 eine seriös aussehende Beurteilung, die glauben machen konnte, das Gesetz verlange die Abtrennung des Darm-

bachs von der Kläranlage und seine Offenlegung. Die Stadtverordneten glaubten das nur zu gern. Keiner kam auf die Idee, das zitierte Gesetz mal unter die Lupe zu nehmen. Dann hätte man gesehen, dass es auf den Darmbach gar nicht zutrifft.

Erst als die Zeitung im Dezember die Fragwürdigkeit dieser Argumentation offenlegte, wurde es manchem Parlamentarier mulmig. Doch anstatt nun rasch zu entscheiden, gab man die Verantwortung großmütig ab – der Regierungspräsident solle doch eine Anordnung schicken, wie zu handeln sei. Jene Anordnung, von der die Stadt vier Jahre lang behauptet hatte, sie liege vor.

Der Regierungspräsident war schlau genug, der Stadt diesen Gefallen nicht zu tun. Doch auch er entschied nicht gleich. Es brauchte eben erst das Gutachten. Und nachdem nun jeder jemanden hat, auf den er sich berufen kann, reißen alle zügig die Verantwortung an sich. Der Regierungspräsident entscheidet, dass die Stadt allein entscheiden kann, der Oberbürgermeister entscheidet, dass der Darmbach nicht offengelegt wird, weil die dafür angeführten Gründe weggefallen sind, und alle Parteien entscheiden, dass sie auch dagegen sind.

Aus dieser peinlichen Geschichte, die nur knapp unterhalb der Grenze eines Skandals rangiert, ist wenig Erfreuliches zu lernen. Den Bürgern ist zu raten, gegenüber der Politik noch misstrauischer zu sein als ohnehin schon. Und den Politikern, künftig früher den eigenen Verstand zu bemühen. So könnte man sich immerhin die Ausgaben für Gutachten sparen.